



Protokollauszug

aus der

7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 28.01.2015

öffentlich

**Top 5.2 Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums
14/SVV/0999
ungeändert beschlossen**

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hat der Vorlage zugestimmt.

Die Ortsbeiräte Uetz-Paaren, Grube, Satzkorn, Neu Fahrland, Groß Glienicke, Fahrland und Golm haben der Vorlage zugestimmt bzw. sie zur Kenntnis genommen. Von den Ortsbeiräten Marquardt und Eiche liegen keine Voten vor.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam zur Landesgartenschau („LAGA“) 2019 im ländlichen Raum Potsdams wird nicht angestrebt.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine fachübergreifende, umsetzungs- orientierte Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort zu erarbeiten. Diese soll auf bereits bestehenden Planungen und Konzepten aufbauen und auf die bestmögliche Ausnutzung der speziellen Fördermöglichkeiten, insbesondere der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds, abzielen sowie in den Prozess einer strategischen Gesamtplanung der Landeshauptstadt Potsdam eingebettet sein.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.



BESCHLUSS
der 7. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 28.01.2015

Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums
Vorlage: 14/SVV/0999

1. Die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam zur Landesgartenschau („LAGA“) 2019 im ländlichen Raum Potsdams wird nicht angestrebt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine fachübergreifende, umsetzungsorientierte Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort zu erarbeiten. Diese soll auf bereits bestehenden Planungen und Konzepten aufbauen und auf die bestmögliche Ausnutzung der speziellen Fördermöglichkeiten, insbesondere der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds, abzielen sowie in den Prozess einer strategischen Gesamtplanung der Landeshauptstadt Potsdam eingebettet sein.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden __10__ Seiten beigelegt.

Potsdam, den 30. Januar 2015

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel